

Kocka, Jürgen

Book Part — Digitized Version

Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914-1933

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1977) : Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914-1933, In: Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod (Ed.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Unveränd. Nachdruck d. erstmals 1974 erschienenen Werkes, Athenäum, Kronberg/Ts., pp. 792-811

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112530>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Zur Problematik der deutschen Angestellten 1914–1933

I.

Vor 1914 glichen die gut 2 Millionen deutschen Angestellten zwar der Klassenlage¹ nach den Lohnarbeitern, doch unterschieden sie sich von diesen mindestens in einem, meist aber in mehreren von folgenden Kennzeichen: Angestellte verdienten im Durchschnitt trotz vieler Überschneidungen mehr als Arbeiter, und zwar fast ausschließlich in Form des Gehalts, nicht als Lohn; viele von ihnen arbeiteten noch in größerer Nähe und mit mehr Kontakten zum »Prinzipal« oder Unternehmer (besonders im Handelssektor); sie leisteten keine, oder zumindest nicht ausschließlich Handarbeit; sie genossen in der Regel größere Arbeitsplatzsicherheit und andere innerbetriebliche Privilegien; sie unterschieden sich in Lebensstil, Konsumverhalten und Karriereerwartungen von den Arbeitern. Nicht als Arbeitnehmer, geschweige denn als Proletarier, fühlten sie sich, sondern als Kaufleute, Techniker oder als »Privatbeamte«, und als solche wurden sie von den meisten akzeptiert. Sie fühlten sich als eine distinguierte, relativ klar von der Lohnarbeiterschaft einerseits und allen Selbständigen und Arbeitgebern andererseits abgehobene soziale Schicht mit spezifischem Status und Recht. Das Organisations- und das politische Verhalten der Angestellten stach im Durchschnitt stark von dem der Arbeiter ab. Zwar gehörte auch ungefähr jeder dritte Angestellte 1907 einem Angestelltenverband an, doch standen die meisten (1913: 32) der insgesamt recht zahlreichen (1913: 53), teils nur lokal wirksamen, teils rein fachlich interessierten oder vor allem geselligen Zwecken dienenden Verbände auch Selbständigen offen und gaben schon dadurch zu erkennen, daß sie nicht gewerkschaftlich orientiert waren. Nur wenige von ihnen akzeptierten den Streik als Mittel zur Durchsetzung ihrer Interessen. Die überwiegende Mehrheit der Angestellten dürfte ihre Stimmen relativ gleichmäßig auf Liberale, Konservative und katholisches Zentrum verteilt haben. Sozialdemokratisch wählte nur eine kleine Minderheit.

Stärker als in anderen vergleichbaren Industrieländern war in Deutschland die Differenz zwischen Arbeitern und Angestellten eine gesellschaftliche Realität. Bürokratische Traditionen der preußisch-deutschen Gesellschaft dienten den schnell wachsenden angestellten Mittelschichten, den »Privatbeamten«(!), als Modelle der kollektiven Selbstidentifikation

¹ Definiert durch die Teilhabe oder Nicht-Teilhabe am Besitz bzw. an der Verfügungsmacht über Produktionsmittel.

und damit als Basis des Anspruchs auf Privilegierung und Absetzung von den Arbeitern. Konfrontiert mit einer vehementen, radikalemanzipatorischen, sozialistischen Protestbewegung, mit einem nur unvollkommen in die bürgerliche Gesellschaft integrierten, revolutionär erscheinenden Proletariat, betonten die meisten Angestellten ihre Zugehörigkeit zum Bürgertum, zum nicht-proletarischen, anti-sozialistischen Lager. Je mehr sich seit dem späten 19. Jahrhundert ihre Arbeitsverhältnisse und ihre ökonomische Situation an die der Arbeiter objektiv anglichen, desto zäher und aktiver verteidigten die meisten Angestellten ihre traditionellen Privilegien, ihren zunehmend überholten Statusvorsprung, ihr in Frage gestelltes Bewußtsein, anders zu sein als die Arbeiter. Nur eine kleine Minderheit von ihnen begriff sich als Arbeitnehmer wie andere Arbeitnehmer auch und zeigte sich zu begrenzter Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften bereit. Die Mehrheit der Angestelltenverbände agitierte seit der Jahrhundertwende für eine versicherungsrechtliche, bald auch arbeitsrechtliche Privilegierung gegenüber der Arbeiterschaft. In diesem Zusammenhang wurde es üblich, von ihnen als einem »neuen Mittelstand« zu sprechen. Ihren anti-proletarischen Absetzungsbemühungen kam die anti-sozialistische Integrationspolitik der bürgerlichen Parteien und der Reichsregierung entgegen, die das weitere Wachstum des sozialistischen Lagers auch mit sozialpolitischen Maßnahmen verhindern wollten. Zuerst auf dem Gebiet der Sozialversicherung, bald in anderen Bereichen auch, hoben seit 1911 folgenreiche Reichsgesetze die Angestellten privilegierend von den Arbeitern ab und zementierten – sehr im Unterschied zu England und den USA – eine sozialökonomische Unterscheidung, der der fortschreitenden wirtschaftlichen Modernisierung zunehmend die funktionale Basis entzog².

Schwache Ansätze der letzten Friedensjahre aufnehmend und deutlich verschärfend, erschütterte der Erste Weltkrieg den schon vorher nicht zweifelsfreien »mittelständischen« Charakter der deutschen Angestellten und reduzierte viele der ins Gewicht fallenden sozialökonomischen Unterschiede zwischen ihnen und der Lohnarbeiterschaft. Die Gehälter der allermeisten Angestellten blieben hoffnungslos hinter den steigenden Lebenshaltungskosten zurück. Eine typische Zahlenangabe: Bis Ende Juli 1917 war der Lebenshaltungsindex um ca. 120 %, der nominale Verdienst von Arbeitern in Kriegsindustrien um ca. 100 %, der von Arbeitern in Friedensindustrien um ca. 40 %, der Verdienst von befragten Mitgliedern einer großen Handlungsgehilfenorganisation aber nur um 18 % gestiegen. Für die Angestellten bedeutete dies nicht nur absolute Not und Verelendung. Es bedeutete auch – im Vergleich zu den Arbeitern – *relative Ver-*

2 Vgl. E. Lederer, Die Privatangestellten in der modernen Wirtschaftsentwicklung, Tübingen 1912; sowie J. Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft, Stuttgart 1969, S. 463–540.

armung, Abstieg und Angleichung. Das mußte den Status und das Selbstverständnis einer Gruppe schwer treffen, die sich bisher gerade durch ihren Unterschied zum Proletariat definiert hatte. Andere Tendenzen wiesen in dieselbe Richtung. Die wenn auch kurze Massenarbeitslosigkeit zu Kriegsbeginn traf auch die Angestellten hart und führte ihnen die tatsächliche Unsicherheit und beamtenunähnliche Marktabhängigkeit ihrer Stellung, über die sie sich mit einem zunehmend illusionären Privatbeamtenbewußtsein hinweggetäuscht hatten, handgreiflich vor Augen. Das massenweise Eindringen von Frauen in Büro und Kontor, der Abbau angestellten-spezifischer Privilegien am Arbeitsplatz, das kriegsbedingte Zurücktreten von Anciennitäts-Kriterien und Statusgesichtspunkten überhaupt – all das machte die Arbeits- und Lebenssituation des typischen Angestellten der des Lohnarbeiters ähnlicher; es widersprach den traditionellen Erwartungen und Selbsteinschätzungen der meisten Angestellten und führte zu ihrer zunehmenden Verbitterung und zum Protest.

Dessen Intensität und Richtung waren nicht einheitlich. Doch erweist vor allem die Untersuchung ihrer großen Verbände, daß die Angestellten – im Durchschnitt und mit vielen Abstufungen – hinsichtlich Selbstverständnis, Forderungen, Organisationsverhalten und politischer Haltung eine gemäßigte Linksschwenkung vollzogen. Mehr als bisher nahmen sie Zuflucht zu kollektivem Vorgehen gegenüber Arbeitgebern; sie forderten Mindestgehälter und bald auch Tarifverträge; trotz Zensur und Burgfrieden erschienen klassenkämpferische Töne in Verbandspublikationen, in denen sie vor 1914 gefehlt hatten; der anti-sozialistische, mittelständisch-nationalistische DHV, die größte der Angestellten-Einzelorganisationen (1913: 123 000 Mitglieder), rang sich bereits im Krieg und sehr im Unterschied zu vor 1914 zur Anerkennung des Streiks als eines auch für Handlungsgehilfen brauchbaren Mittels durch, das er im Frühjahr 1919 auch anwandte; die *überberufliche* Zusammenarbeit der Angestellten wurde intensiviert, zugleich aber auch – und das war neu – die allerdings begrenzte Zusammenarbeit mit den Arbeitergewerkschaften, und zwar vor allem in sozial- und ernährungspolitischen Fragen; darin spiegelte sich die zunehmende Bedeutung der Arbeitnehmerkomponente im Bewußtsein der Angestellten, die sich bisher viel stärker auf berufsständischer Grundlage oder als »Privatbeamte« organisiert hatten. Eine gewisse Umorientierung lassen auch die Verschiebungen in der relativen Zahlenstärke der Verbände erkennen: nur der konsequent gewerkschaftlich orientierten, in der zweiten Kriegshälfte deutlich zur SPD tendierenden Verbandsgruppe, der »Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa)« gelang es, ab 1917 Mitglieder hinzuzugewinnen, während die beiden anderen konservativen, liberal-mittelständischen, bzw. deutschnational-mittelständischen Föderationen den ganzen Krieg über Mitglieder verloren. Die relative Mitgliedschaftstendenz der Angestelltengruppierungen kehrte sich damit im Krieg,

erst recht aber in der Revolution, gegenüber der Vorkriegszeit um. Die Unternehmer erkannten in diesen Entwicklungen eine klare Bedrohung; sie reagierten gegen die immer deutlicheren Ansätze gewerkschaftlicher Interessenvertretung ihrer Angestellten härter als im Falle der Arbeiter; sie beschlossen Maßregelungen auch gegen Mitglieder gemäßiger Verbände und begannen, nach dem Vorbild im Arbeiterbereich, sog. »gelbe«, wirtschaftsfriedliche und unternehmensabhängige Angestelltenorganisationen aufzubauen – doch offenbar ohne viel Erfolg³.

II.

Wenn in bezug auf den »alten Mittelstand«, auf die Handwerker und kleinen Händler, von einer grundsätzlichen Kontinuität ihrer Entwicklung in Kaiserreich und Republik gesprochen werden kann⁴, so erscheint dies im Hinblick auf den angestellten »neuen Mittelstand«, mindestens auf den ersten Blick, nicht möglich. Die begrenzte Linksschwenkung der Angestellten im Krieg setzte sich in den Jahren zwischen Revolution und nationalsozialistischer Machtergreifung nicht fort, sie kehrte sich vielmehr teilweise geradezu um. Am Ende der Weimarer Republik – soviel scheint durch bisherige Untersuchungen klar herausgearbeitet – gehörten die Angestellten neben den städtischen Selbständigen und den Bauern, aber in deutlichem Unterschied zur Lohnarbeiterschaft, zu jenen sozialen Gruppierungen, die die nationalsozialistische Bewegung überdurchschnittlich stark unterstützten. Weniger die Analysen der NS-Führungsgruppen⁵

3 Vgl. J. Kocka, *The First World War and the »Mittelstand«*, in: *Journal of Contemporary History* 8 (1973), S. 101–123; ausführlicher, mit Belegen und unter Einbeziehung der Beamten in: ders., *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1973, Kap. III; die – allerdings auf eine kleine Minderheit von Angestellten beschränkten – Vorkriegs-Ansätze zu dieser im Krieg ablaufenden begrenzten Radikalisierung der Angestellten unter linkem Vorzeichen behandelt zuletzt: D. Stegmann, *Zwischen Repression und Manipulation: Konservative Machteliten und Arbeiter- und Angestelltenbewegung 1910–1918*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 12 (1972), S. 365–375. Vgl. auch E. Lederer, *Die Bewegung der Privatangestellten seit dem Herbst 1918*, in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 47 (1920/21), S. 585–619.

4 So H. A. Winkler zu Beginn seines Beitrags für diese Konferenz und ausführlicher in: ders., *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus*, Köln 1972, Kap. II und III. – Allerdings zeigten sich auch in der Entwicklung der Handwerksorganisationen 1914–1918 Tendenzen, die m. E. die von Winkler betonte Kontinuitätsthese etwas einschränken: Auf Vorkriegsansätzen fußend, traten die ständisch-antikapitalistisch-sozialprotektionistischen Polemiken und Forderungen im Handwerk während des Krieges deutlich in den Hintergrund; hinsichtlich der entscheidenden sozialen Frontstellungen (Abwehr der proletarischen Herausforderung und des Staatsinterventionismus) und hinsichtlich ihrer innen- wie außenpolitischen Forderungen rückten kleine und große Unternehmer 1914–1918 enger zusammen als zuvor. Diese allerdings begrenzten Entwicklungstendenzen setzten sich dann in den Jahren der Republik zum großen Teil nicht fort. Vgl. dazu: Kocka, *Klassengesellschaft*, a. a. O., Kap. III.

5 Vgl. zur starken Vertretung von Angestellten z. B. E. Doblin und C. Pohly, *The*

können das erweisen, deren Repräsentativität für die durchschnittlichen Haltungen in der Angestelltenschaft als ganzer mit guten Gründen bestritten werden kann. Aussagekräftiger ist einerseits die hohe, im Ausmaß nur von den nicht-landwirtschaftlichen Selbständigen leicht übertriffene Überrepräsentation (im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil) von Angestellten unter den über 100 000 Mitgliedern der NSDAP von 1930, eine Überrepräsentation, die angesichts der dann noch schnelleren Zunahme der Vertreter anderer Sozialgruppen unter den NSDAP-Mitgliedern bis 1932 allerdings leicht zurückging⁶. Andererseits stützt sich die These von der Affinität zwischen »neuem Mittelstand« und Nationalsozialismus auf die Analyse der Juli-Wahl von 1932, wie sie vor allem von S. A. Pratt durchgeführt wurde⁷. Pratt korreliert mit Hilfe der Pearson-Formel (Produktmomentkorrelation) die Stimmanteile der NSDAP und anderer Parteien mit dem Anteil bestimmter sozialer Gruppen an der Gesamtzahl der Bevölkerung, bzw. der Erwerbstätigen oder Berufstätigen in insgesamt 193 Städten mit jeweils 25 000 und mehr Einwohnern. Indem er zwischen Selbständigen (einschließlich leitenden Angestellten und Beamten), Angestellten und Beamten (ohne leitende) und Lohnarbeitern unterscheidet, kommt er zu folgenden Korrelations-Koeffizienten:

Tabelle 1
Korrelations-Koeffizienten zwischen Anteilen bestimmter Sozialgruppen und Stimmenanteil NSDAP und KPD in 193 Städten

Zahl der einbezog. Städte	Stadt-kategorie nach Einwohnerzahl	Signifi-kanz-grenze	Stimmenanteil NSDAP			Stimmenanteil KPD		
			Selbst.	Angest.	Arb.	Selbst.	Angest.	Arb.
93	25 - 50.000	0,21	0,23	0,25	-0,20	-0,26	-0,37	0,44
48	50 - 100.000	0,29	0,58	0,57	-0,57	-0,72	-0,74	0,77
52	über 100.000	0,27	0,33	0,27	-0,27	-0,31	-0,53	0,54

Social Composition of the Nazi Leadership, in: *The American Journal of Sociology* 51 (1945/46), S. 42-49, bes. S. 47; und H. Gerth, *The Nazi Party. Its Leadership and Composition*, in: ebenda 45 (1940), S. 517-541.

6 Zahlen bei W. Schäfer, *NSDAP, Hannover/Frankfurt 1956*, S. 17, 19.

7 Samuel A. Pratt, *The Social Basis of Nazism and Communism in Urban Germany. A Correlation Study of the July 31, 1932, Reichstag Election in Germany*. M. A. Thesis, Michigan State College of Agriculture and Applied Science. Dep. of Sociology and Anthropology 1948; das Folgende nach ebenda, S. 118, 147, 149, 172 ff. - Pratt führt aus, daß die Korrelationen für mittelgroße Städte am deutlichsten sind, weil in dieser Kategorie die größten Unterschiede in der sozialen Zusammensetzung von Stadt zu Stadt auftraten (S. 78 f.).

Ein statistischer Vergleich der zehn Städte jeder Größenordnung mit dem höchsten und dem niedrigsten Angestellten/Beamten-Anteil an der Gesamtzahl der Berufstätigen führt zu einem ähnlichen Ergebnis.

Tabelle 2

Stadtkategorie nach Einwohnerzahl	Durchschnittl. (median) Anteil Angestellte an Berufs- tätigen (in ‰)	Durchschnittl. (median) Stimmanteil (in ‰)	
		NSDAP	KPD
10 Städte mit höchstem Angestelltenanteil			
25 – 50.000	36,25	43	7
50 – 100.000	34,7	42	7
über 100.000	33,65	39,5	14,5
10 Städte mit niedrigstem Angestelltenteil			
25 – 50.000	17,75	32	20
50 – 100.000	14,5	23,5	26,5
über 100.000	19,2	27	25

Schließlich ergibt die Korrelation zwischen den Anteilen der in der angestelltenintensiven Wirtschaftsabteilung »Handel und Verkehr« beschäftigten Erwerbspersonen und den NSDAP-Stimmenanteilen in allen drei Stadtgrößenkategorien signifikant positive Koeffizienten (0,21, 0,44 und 0,30), die Korrelation zwischen den Anteilen der in »Industrie und Handwerk« Beschäftigten und den NSDAP-Stimmanteilen dagegen signifikant negative Koeffizienten (-0,23, -0,47 und -0,27).

Solche Ergebnisse verweisen auf deutliche Differenzen im parteipolitischen Verhalten von Arbeitern und Angestellten anderthalb Jahrzehnte nach Kriegsende und auch darauf, daß sich mindestens hinsichtlich des Wahlverhaltens die Angleichungstendenzen zwischen Arbeitern und Angestellten, wie sie für den Krieg beobachtbar sind, in den Jahren der Republik nicht fortsetzten; sie machen zudem eine – verglichen mit der Arbeiterschaft – starke Neigung der Angestellten zur Unterstützung der rechtsradikalen Protestbewegung Hitlers deutlich und legen den Schluß nahe, daß sich die für die Kriegsjahre relativ zu anderen Sozialgruppen (etwa den Selbständigen) feststellbare Links-Bewegung der Angestellten in der Republik nicht fortsetzte. Man mag der Aussagekraft solcher Zahlen angesichts ihrer häufig nur wenig über der Signifikanzgrenze liegenden Höhe und angesichts der methodischen Grenzen einfacher Korrelationsanalysen mit Reserve gegenüberstehen, doch wird die Tendenz

dieser Aussagen durch andere Untersuchungen und durch die Beobachtungen von Zeitgenossen gestützt. So scheinen Angestellte – neben Arbeitern in öffentlichen Dienstleistungsbetrieben (Bahn, Post, auch städtische Wasser- und Gasversorgung, etc.) – in den nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisationen von 1929 bis 1933 eine auffallend große Rolle gespielt zu haben⁸. Aus der Geschichte des größten Angestelltenverbandes der Zeit, des auf dem rechten Flügel der Angestellten-Bewegung stehenden DHV, ist bekannt, daß große Teile seiner Mitgliedschaft – z. T. im Gegensatz zur vorsichtigeren, nach Zusammenarbeit mit bürgerlichen Mittelparteien strebenden Verbandsspitze – besonders seit 1929/30 auf engste Zusammenarbeit mit der NSDAP drängten und in deren Sog gerieten⁹. Für einen scharfsichtigen Beobachter wie Theodor Geiger war 1932 die große Anfälligkeit der sich dadurch von den Lohnarbeitern typisch unterscheidenden Angestellten gegenüber dem Nationalsozialismus außer jedem Zweifel¹⁰.

Die noch ausstehende genaue Analyse der größeren Angestelltenorganisationen – nur der DHV wurde bisher unter hier interessierenden Fragestellungen untersucht – würde überdies wahrscheinlich ergeben, daß diese Neigung der Angestellten zur Orientierung nach rechts und ihr unter bestimmten Bedingungen aktualisierbares Potential für rechtsradikalen Protest nicht erst ein Produkt der ökonomisch verschärften Situation seit 1929 war, sondern sich ohne dramatische Zuspitzung langfristig-allmählich – und damit den Kriegstrend nicht fortsetzend – in den Weimarer Jahren verstärkte. Die relative Mitgliedschaftsentwicklung der drei großen Angestellten-Föderationen legt diesen Schluß jedenfalls nahe (Tabelle 3):

8 Vgl. H.-G. Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung, Hannover/Frankfurt 1958, S. 34, 39; und J. Noakes, The Nazi Party in Lower Saxony 1921–1933, Oxford 1971, S. 174, 178. Vgl. auch W. S. Allen, The Nazi Seizure of Power, Chicago 1965, S. 110 f., 210 f.

9 Vgl. I. Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933, Frankfurt 1967, S. 225, 228 f., 232, 237, 238–261, bes. S. 243 f., 251 f. Vgl. auch A. Krebs, Tendenzen und Gestalten der NSDAP, Stuttgart 1959, S. 16 zur Formulierung des Basis-Konsensus zwischen NSDAP und DHV durch einen nationalsozialistischen DHV-Funktionär im Rückblick. – Zur Politik der DHV-Spitze 1928–1933 vgl. den Beitrag von L. E. Jones in diesem Band.

10 Th. Geiger, Die soziale Schichtung des deutschen Volkes (1932), Neudr. Stuttgart 1967, S. 109–122, bes. 120 ff.; vgl. auch ders., Panik im Mittelstand, in: Die Arbeit 7 (1930), S. 637–654; weiter: H. Neisser, Sozialstatistische Analyse der Wahlergebnisse, in: ebenda 7 (1930), S. 654–659; und M. Victor, Verbürgerlichung des Proletariats und Proletarisierung des Mittelstandes, in: ebenda 8 (1931), S. 17–31, bes. S. 30 f.; sowie C. Mierendorff, Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung, in: Die Gesellschaft 7 (1930), S. 489–504; und G. Friters, Who are the German Fascists, in: Current History 35 (1932), S. 532–536, bes. 534.

Tabelle 3¹¹Mitgliederzahlen der drei großen Angestellten-Dachverbände
(in 1000)

	1920	1922	1925	1926	1927	1929	1930
Afa	690	658	428	405	396	453	480
Gedag	463	460	411	420	460	558	592
GDA	300	302	313	307	290	375	385
	1453	1420	1152	1132	1146	1386	1457
	(in %)						
Afa	47,5	46,3	37,2	35,8	34,6	32,7	32,9
Gedag	31,8	32,4	35,6	37,1	40,1	40,2	40,6
GDA	20,7	21,3	27,2	27,1	25,3	27,1	26,5
	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Der freigewerkschaftliche, mit dem ADGB und der Sozialdemokratie verbundene, den Klassenkampfstandpunkt bejahende Afa-Bund vereinigte 1920 als stärkster Spitzenverband fast die Hälfte der organisierten Angestellten, 1930 nur noch ein knappes Drittel. Dagegen gewannen die mittelständischen Spitzenverbände an Boden: der mittelständisch-nationalkonservative, vom DHV beherrschte und mit dem »Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands« zusammenarbeitende »Gesamtverband Deutscher Angestelltengewerkschaften (Gedag)« vergrößerte seinen Anteil in diesem Zeitraum von 32 auf über 40 % und wurde zum größten der drei Spitzenverbände, während der mit den Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen verbundene, mittelständisch-liberale, republikanische und z. T. anti-sozialistische »Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA)« ebenfalls absolut und relativ hinzugewann. Die deutlichste Verschiebung zugunsten der konservativeren Gruppen geschah zwischen 1922 und 1925, d. h. in Inflation und Stabilisierungskrise, doch handelt es sich bei der anteilmäßigen Kräfteverschiebung insgesamt um einen kontinuierlichen Prozeß, der während des Rückgang des Organisationsgrades der Angestellten 1922 bis 1925 ebenso anhielt wie während dessen Stagnation von 1925 bis 1927 und dessen Wiederanstieg seit 1927. Die Wahl der Vertrauensmänner in der Angestelltenversicherung von 1927/28 bestätigt punktuell diese Stärkeverteilung unter den organisierten Angestellten. Sie brachte den durch eine gemeinsame Liste verbundenen

11 Alle Zahlen (außer für 1927) nach F. W. Fischer, Die Angestellten, ihre Bewegung und ihre Ideologien, staatswiss. Diss. Heidelberg 1931, S. 44, 46; die Zahlen für 1927 nach F. Croner, Die Angestelltenbewegung nach der Währungsstabilisierung, in: Archiv f. Sozialwissenschaft und Sozialpolitik 60 (1928), S. 115 f. – Nicht berücksichtigt sind die wirtschaftsfriedlichen Angestelltenverbände (mit 1925 59 000) und die nicht als Gewerkschaft anerkannte »Vereinigung der leitenden Angestellten (Vela)« mit 1925 23 000 Mitgliedern.

mittelständischen Spitzenverbänden Gedag und GDA eine deutliche Mehrheit von 71,3 % gegenüber dem gemeinsam bekämpften, SPD-nahen Afa-Bund (28,7 %). Die große Mehrheit der Angestellten sprach sich damit in der alten, immer noch umstrittenen Frage: Angestellten-Sonderversicherung oder Einbeziehung in die allgemeine Alters- und Invalidenversicherung für die Beibehaltung eines besonderen versicherungsrechtlichen Status der Angestellten und für die Abgrenzung zur Arbeiterschaft aus¹².

Wenn dieses durch andere Forschungen zu überprüfende Ergebnis die Annahme nahelegt, daß die Angestellten insgesamt in den Jahren zwischen Revolution und nationalsozialistischer Machtergreifung im politischen Spektrum der deutschen Gesellschaft eher nach rechts als nach links rückten, so ist die Frage, seit wann sie verstärkt die Protestbewegung Hitlers unterstützten, davon deutlich zu trennen. Während Angestellte 1930 25,6 % der NSDAP-Mitglieder stellten, obwohl sie nur etwa 12 % der Bevölkerung ausmachten, so waren untere und mittlere Angestellte unter den Mitgliedern der frühen NSDAP (Herbst 1923) mit 11,1 % und leitende Angestellte mit 1,8 % vertreten, d. h. sie waren im Vergleich zu ihrem Bevölkerungsanteil nicht oder kaum überrepräsentiert¹³. Die Geschichte des DHV läßt erkennen, daß der Einbruch des Nationalsozialismus in den rechten Flügel der Angestellten jedenfalls in größerem Ausmaß und besonders unter jugendlichen Mitgliedern erst seit 1929 erfolgte. Entsprechende Kritik von nationalsozialistischen DHV-Mitgliedsgruppen an der eher abwartenden Verbandsführung wird erst seit diesem Jahr berichtet. 1928/29 brach der DHV zudem mit der unter Hugenbergs Einfluß geratenden DNVP, und zwar vor allem aufgrund unüberbrückbarer Differenzen in der Wirtschafts-, Sozial- und Gewerkschaftspolitik (daneben wegen des Streits um die Monarchie-Frage). Der scharfe Rückgang der DNVP-Stimmen von 1928 bis 1930 um mehr als 50 % dürfte u. a. aus der Abwanderung national-mittelständischer (vor allem kaufmännischer) Angestellter resultiert haben, die seit 1928/29 (nicht aber davor) Hugenbergs Partei als Inkarnation sozialreaktionärer Standpunkte ablehnten, dieses Verdikt aber nicht (oder kaum) auf die NSDAP ausdehnten, die im übrigen ihren nationalistischen, häufig antisemi-

12 F. W. Fischer, a. a. O., S. 47.

13 Vgl. M. H. Kater, Zur Soziographie der frühen NSDAP, in: VfZ 19 (1971), S. 139, 143 f. – Wenn Kater den geringen Prozentsatz der Arbeiter mit 9,5 % in der NSDAP von 1923 herausarbeitet (S. 149), so ist zu bedenken, daß er – entgegen dem vorherrschenden Begriffsgebrauch der Zeit und auch im Unterschied zu den meisten Vertretern der Sozialgeschichte und Soziologie in Deutschland – die Facharbeiter (8,5 %) zum unteren Mittelstand schlägt (S. 153) und damit zu einem recht großen Anteil des unteren Mittelstandes von 62,6 % in der damaligen Partei kommt. Unsere Ausführungen über die Angestellten bleiben davon unberührt. Problematischer ist, ob sich nicht in der Kategorie »Kaufleute« (13,6 %) viele kaufmännische Angestellte verstecken, was dann doch eine gewisse Überrepräsentation der Angestellten schon 1923 bedeuten würde. – Die Zahlen für 1930 wieder nach W. Schäfer, a. a. O., S. 17.

tischen und auf jeden Fall anti-sozialdemokratischen und anti-kommunistischen Bedürfnissen entgegenkam. 1928 vertraten nach verbandseigenen Zahlen 1591 DHV-Mitglieder als Abgeordnete in deutschen Parlamenten die Interessen des Verbandes, und zwar in den verschiedensten Parteien (ohne SPD und KPD); mit 302 Köpfen war die DNVP-Gruppe die größte (hinter jener Gruppe [745], die mit Hilfe anti-sozialdemokratischer Einheitslisten reüssiert hatte). 1931 wurden vom Verband 1088 DHV-Parlamentarier gezählt, darunter keine DNVP-Mitglieder mehr; dafür hatte mit 210 Personen die NSDAP-Gruppe (die 1926 noch nicht gesondert aufgeführt worden war) die erste Stelle inne (hinter den 451 Einheitslisten-Kandidaten)¹⁴. Mit Hinblick auf den rechten Flügel der Angestellten wird man sagen dürfen, daß entgegen der These S. M. Lipsets der große Stimmenzuwachs der NSDAP 1930 nicht nur auf Kosten der bürgerlichen Mittelparteien, sondern auch aus Verlusten der DNVP – daneben wohl auch aus dem Reservoir bisheriger Splitterparteien und Nicht-Wähler – zustandekam¹⁵. Es ist jedoch gleichzeitig hoch wahrscheinlich, daß der radikale Stimmenverlust der liberalen Parteien von 1928 bis 1930 teilweise auch auf die Abwendung bis dahin liberal und jetzt nationalsozialistisch wählender Angestellter zurückzuführen ist. Ein gutes Viertel der organisierten Angestellten war in einem Spitzenverband zusammengefaßt, der über Programm und personelle Querverbindungen der linksliberalen Partei nahestand¹⁶. Ab wann und in welchem Ausmaß dieser Verband mit dem Sog des Nationalsozialismus auf seine Basis sich auseinandersetzen mußte, bliebe ebenso zu untersuchen wie die Entwicklung der im Afa-Bund zusammengeschlossenen Verbände.

Notwendigerweise sind die allermeisten der zum Nationalsozialismus übergehenden Angestellten erst 1930 vor allem aus liberalen, deutschna-

14 Vgl. I. Hamel, a. a. O., S. 225 f., 228 f. zu Gegensätzen zwischen Basis und Führung 1929; S. 200 ff., 214–238 zur spannungsreichen Kooperation, dann zum Bruch DHV – DNVP, zum gleichzeitig zunehmenden nationalsozialistischen Einfluß der Basis und zur Unterstützung der volksskonservativen Splitterpartei durch die DHV-Spitze; Abgeordnetenzahlen ebenda, S. 190 f. und F. Croner, a. a. O., S. 130. Zu den »Querverbindungen« des DHV zu anderen bürgerlichen Parteien vgl. L. Döhn, Politik und Interesse, Meisenheim 1970, S. 91 ff., 132 ff., 200 ff.; und den Beitrag von L. E. Jones in diesem Band.

15 Vgl. K. O'Lessker, Who Voted vor Hitler, in: The American Journal of Sociology 74 (1968/69), S. 63–69, dem insofern zuzustimmen ist. Vgl. auch S. M. Lipset, Soziologie der Demokratie, Neuwied 1962, S. 154. Hinsichtlich eines Teils der Angestellten ist insofern der Kritik von H. A. Winkler (Extremismus der Mitte?, in: VfZ 20 [1972], S. 175–181, 186) an Lipsets These vom direkten Übergang bürgerlicher Mittelschichten von den liberalen Mittelparteien zur NSDAP zuzustimmen. Wieviele Angestellte 1924 und 1928 DNVP wählten und zugleich zu jenen DNVP-Gewinnen von 1924 gehörten, die davor liberal gewählt hatten (vgl. ebenda, S. 177), muß hier offen bleiben.

16 Vgl. die Selbstdarstellung des GDA: Epochen der Angestellten-Bewegung 1774–1930. Bearb. vom GDA-Archiv, Berlin 1930, S. 192–315 (zum Programm: 224 ff.; 238 ff., 286 ff., 313 ff.; zu den Namen der zugleich in Parlamenten sitzenden, meist der DDP angehörenden Verbandsmitglieder: S. 260, 283; speziell zum Bundesvorsteher Gustav Schneider (DDP) auch S. 224 f.).

tionalen Splitterparteien- oder Nicht-Wählern zu NSDAP-Wählern geworden. Doch dieser Radikalisierung unter rechtem Vorzeichen war seit Beginn der zwanziger Jahre innerhalb der Angestelltenschaft eine allmähliche und begrenzte Verschiebung in Richtung mittelständisch-antisozialistischer, z. T. liberaler, z. T. volkstkonservativer, z. T. völkisch-nationaler und z. T. nationalistisch-rassistischer Kräfte vorausgegangen. Wieweit sich im einzelnen nationalsozialistische Identifikationen unter Angestellten in den Jahren vor 1929/30 einprägten, ohne schon 1928 als NSDAP-Stimmen zu Buch zu schlagen, bliebe zu untersuchen. Der über die Entwicklung der Angestellten äußerst gut informierte Sozialwissenschaftler Emil Lederer formulierte immerhin schon Anfang 1929, was dann in dem Zeitraum von 1930 bis 1932 viele schrieben: »In diesen [angestellten] kapitalistischen Zwischenschichten ist die soziale Romantik zu Hause, und die Gedanken des Faschismus von dem Aufbau einer ständischen Welt, in welcher die aktivistische Jugend der alten Schichten herrscht und bestimmte Arbeitergruppen mit sich reißen will, schlagen am leichtesten in diesen Zwischenschichten Wurzeln¹⁷.«

III.

Wenn damit – in aller Vorläufigkeit und in groben Umrissen – die sich verändernde Stellung der Angestelltenschaft im politischen Spektrum der deutschen Gesellschaft 1914 bis 1933 richtig angedeutet ist, so stellt sich die Frage nach den Gründen jenes Trendwechsels am Ende des Weltkriegs, dem zufolge die allmähliche Links-Bewegung der Angestellten an die Seite der anderen Arbeitnehmer, der Lohnarbeiter, nicht fortgesetzt wurde, sondern einer allmählichen und vielschichtigen Gegenbewegung wich, die dazu beitrug, daß die Unterscheidungslinie zwischen Lohnarbeitern und Angestellten am Ende der Republik noch – z. T. auch wieder – eine sozial und politisch äußerst relevante Grenzscheide war und in der Angestelltenschaft Dispositionen zur Radikalisierung unter rechtem Vorzeichen erhalten blieben und neu entstanden, die, in der Krise aktualisiert, zum Sieg des Nationalsozialismus und zum Untergang der Republik entscheidend beitrugen. Diese Frage ist ohne weitere, bisher ausstehende Detailforschung wohl nicht voll zu beantworten, doch kann sie solcher Detailforschung andererseits als Anreiz und erkenntnisleitendes Interesse dienen. Am chancenreichsten dürfte dabei der Einstieg über die verschiedenen Angestellten-Verbände und ihre reichhaltige Literatur sein, die vor allem von zeitgenössischen Studien häufig untersucht wurden, aber

17 E. Lederer, Die Umschichtung des Proletariats, in: Die Neue Rundschau 40, II (1929), S. 160 f.

nicht oder kaum unter den hier interessierenden Fragestellungen. Die Verbandsgeschichte ist für eine nach Gruppen, Berufen und Richtungen differenzierende historische Erforschung der deutschen Angestellten deshalb ein brauchbarer Einstieg, weil der Organisationsgrad der deutschen Angestellten 1932 mit ca. 43 % im internationalen Maßstab sehr hoch und größer war als der der Arbeiter (1932: 34 %). Dies gilt gerade für die Depressionsjahre bis Anfang 1933, in denen die Mitglieder der Angestelltenverbände trotz Not und Arbeitslosigkeit weiter zunahmen, während die Mitgliedschaft der Arbeitergewerkschaften abbröckelte¹⁸. Zum ändern dürften lokale Differenzierungen von Wahlstudien, Unternehmensuntersuchungen und Verbandsanalysen weiterführen, die den Vergleich und damit die Identifikation verursachender Faktoren erlauben¹⁹. Hier kann es nur um einige vorläufige und allgemeine Überlegungen gehen.

Die relative Links-Bewegung der Angestellten, wie sie für Weltkrieg und Revolution konstatiert werden konnte, wurde nach dem Krieg keineswegs in all ihren Aspekten rückläufig; sofern sie die konsequente »Vergewerkschaftung« der Angestelltenverbände (überberufliche Kooperation oder Integration, Ausschluß von Selbständigen aus der Mitgliedschaft, Anerkennung eines tiefgehenden, wenn auch nicht unüberbrückbaren Interessengegensatzes zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, Anerkennung des Streiks und Schaffung finanzieller Streikbereitschaft, Tarifvertragspolitik, Ablehnung der »Gelben« und entschiedene sozialpolitische Forderungen) bedeutet hatte, blieb sie in den Jahren der Republik – zunächst mit leichten Abschwächungen und seit 1929 mit wieder zunehmender Radikalität – erhalten. In diesen Hinsichten unterschieden sich die großen Angestellten-Spitzenverbände im übrigen wenig voneinander²⁰. Solch gewerkschaftliche Grundhaltung, zu der in allen drei

18 Errechnet auf Basis von Erwerbstätigenzahlen von 1932 und Gewerkschaftszahlen von 1932 nach: G. Bry, *Wages in Germany 1871–1945*, Princeton 1960, S. 28, 34; Geschäftsbericht des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1950/51, Köln 1952, S. 733.

19 In der interpretatorisch unzureichenden und kaum auf nicht-statistische deutsche Quellen zurückgreifenden Korrelationsanalyse von Pratt (vgl. oben, Anm. 7) finden sich bereits interessante lokale Abweichungen vom oben aufgeführten Grundmuster, deren Aufklärung Einsichten in die Gesamtproblematik liefern könnte. So finden sich etwa in einer Reihe größerer Städte Thüringens und Sachsens negative Korrelationen zwischen den Angestelltenanteilen an den Erwerbstätigen und den NSDAP-Stimmenanteilen (S. 132 f., 133); die Korrelation zwischen Angestelltenanteilen und NSDAP-Stimmenanteilen ist am deutlichsten im hochindustrialisierten Westen Deutschlands (S. 119 ff.).

20 Dazu vom freigewerkschaftlichen Standpunkt: F. Croner, a. a. O., S. 115 ff.; ebenda, S. 117 ff. zum Programm des Afa-Bundes; *Epochen der Angestellten-Bewegung*, a. a. O., S. 194–201 zur gewerkschaftlichen Tätigkeit der liberalen Verbände (einschließlich der Streiks im Frühjahr 1919) und S. 246, 258 f., 262 ff., 278 f. zur Unternehmerkritik und zur Sozialpolitik im GDA; vgl. auch F. W. Fischer, a. a. O., S. 51 ff.; sowie F. Croner, a. a. O., S. 129 und O. Thiel, *Die Sozialpolitik der deutschen Kaufmannsgehilfen*, Hamburg 1926 zur sozialpolitischen Praxis und zur teilweise geradezu klassenkämpferischen Rhetorik des DHV.

Verbänden scharfe Kritik an der Übermacht der Unternehmer und intensive Angriffe gegen sozialreaktionäre Kräfte und Programme gehörten, verband sich jedoch – vor allem bei den Angestellten in GDA und Gedag, ansatzweise aber auch in Teilen des Afa-Bundes (etwa bei dem dort organisierten Werkmeistern) – mit dem angestelltentypischen, aus der Vorkriegszeit bekannten, auch im Krieg nicht ganz verschwundenen, nach 1918 wieder stärker hervortretenden anti-proletarischen Absetzungsstreben. Dieses zeigte sich in der praktischen Sozialpolitik der beiden mittelständischen Verbandsgruppen als Kampf für die versicherungsrechtliche (z. B. Sonder-Angestelltenversicherung) und arbeitsrechtliche (eigene Angestelltenausschüsse nach dem Betriebsrätegesetz z. B.) Sonderstellung der Angestellten und damit gegen die Einschmelzungswünsche des Afa-Bundes, dem sie entsprechend »Verrat« an den Angestellteninteressen vorwarfen; dieses Absetzungsstreben und Angestelltensonderbewußtsein hindernten auch in einzelnen Fällen die mittelständischen Verbände an einer resoluteren Durchsetzung der gewerkschaftlichen Interessen ihrer Mitglieder²¹.

Ideologisch konkretisierte sich dieses antiproletarische Absetzungsstreben in vielen, oft widersprüchlichen, meist unsicheren, hier nicht im Detail zu beschreibenden Mischungsverhältnissen, die gleichwohl zu analytischen Zwecken auf zwei Grundmuster zurückgeführt werden können. Zum einen handelt es sich – offenbar nur bei einem Teil der kaufmännischen Angestellten (vor allem in der Industrie) – um feststellbares *berufsständisches* Selbstverständnis, das am klarsten beim DHV mit seinem Kaufmannsgehilfenbewußtsein auftrat. Im Namen dieses berufsständischen Selbstverständnisses grenzte sich der DHV nicht nur deutlich von den Lohnarbeitern ab, sondern weigerte sich auch, in eine allgemeine, d. h. das Berufsprinzip durchbrechende Angestellten-Einheitsgewerkschaft einzutreten. Praktisch freilich widersprach er diesem Anspruch durch einen engen Zusammenschluß mit anderen Angestelltengruppen im Gedag, durch pragmatisch motivierte Kooperation mit den christlichen Arbeitergewerkschaften, aber auch durch seine – konsequent berufsständischen Traditionen entgegengesetzten – Angriffe auf die selbständigen Kaufleute, die Unternehmer des »Handelsstandes«. Der Zwitter-Begriff des »Handlungsgehilfenstandes« trat zunehmend an die Stelle des Begriffs »Handels-« oder »Kaufmannsstand«. Das zweite ideologische Grundmuster, in das die Angestelltenverbände ihre gewerkschaftliche Tätigkeit einzubinden versuchten, ist *mittelständisch* zu nennen. Das mittelständische Selbstverständnis grenzte seine Vertreter ebenfalls »von unten« (vom Proletariat) und »von oben« (vom Kapital) ab; im Unterschied zum be-

21 Vgl. F. W. Fischer, a. a. O., S. 47 f., 53 f.; Epochen der Angestelltenbewegung, a. a. O., S. 196, 204 f., 207, 243; sowie F. Croner, a. a. O., S. 128, 131 zum Konflikt zwischen ständischem Sonderbewußtsein und gewerkschaftlicher Durchsetzungskraft im DHV.

rufsständischen Muster schloß es jedoch Angestellte verschiedenen Berufes ein: kaufmännische, technische, allgemeine Büroangestellte etc. Es berief sich nicht so sehr auf die Dignität eines bestimmten Berufsstands, sondern auf die »geistige« Arbeit seiner Vertreter, ihre allgemeine Bildung, ihre besondere Stellung und Funktion. Das Ursprungsmodell dieses mittelständischen Selbstverständnisses, dem ein dreistufig-hierarchisches Gesellschaftsmodell zugrunde lag, war letztlich der – bekanntlich ebenfalls nicht berufsspezifisch sondern quer zu berufsständischen Differenzen definierte – Beamte, obwohl betont werden muß, daß die vor 1914 so gängige Bezeichnung der Angestellten als »Privatbeamte« mit dem Krieg und seiner Aushöhlung des Ansehens des Beamtentums sehr aus der Mode kam und nur in einigen Teilbereichen (in bestimmten industriellen Großunternehmen und Banken) fortlebte. Mittelständisches Selbstverständnis in gemäßigter Form kennzeichnete die GDA, die sich als Einheits-Angestelltergewerkschaft von kaufmännischen Angestellten, Technikern, Werkmeistern, Bankbeamten etc. verstand, jedoch faktisch nur sehr wenige technische Angestellte organisiert hatte²².

Das berufsständische und das mittelständische Grundmuster schlossen sich im Prinzip aus, verbanden sich jedoch faktisch in den Verbandsäußerungen zu widersprüchlichen Amalgamationen. Für die Erklärung der spezifischen Protesthaltung der deutschen Angestellten waren wichtige Merkmale jedoch beiden Grundmustern gemeinsam. Beide stammten sie letztlich aus vorkapitalistischer Zeit und verwiesen auf die große Bedeutung weiterwirkender vorindustrieller Traditionen in der deutschen Industrialisierung und Modernisierung²³. Beide waren sie im Rückgriff auf ständische Prinzipien dafür verantwortlich, daß die Angestellten-Situation im Bewußtsein der deutschen Angestellten einen ausgeprägt integralen, multidimensionalen Charakter hatte, daß »Handlungsgehilfe-sein« oder »Angestellter-sein« nicht primär die Erbringung einer spezifischen funktional beschreibbaren ökonomischen Leistung für bestimmte ökonomische und soziale Gegenleistungen bedeutete, sondern eine umfassende Existenzform, in der sich soziale, kulturelle, ökonomische und politische Dimen-

22 Diese Skizze der ideologischen Grundmerkmale vor allem auf der Basis von: Epochen der Angestelltenbewegung, a. a. O., S. 217–315; I. Hamel, a. a. O., Kap. III und IV; sowie F. W. Fischer, a. a. O., S. 41–151 (S. 65 zur Zusammensetzung des GDA); und Th. Geiger, Soziale Schichtung, a. a. O., S. 103 ff.

23 Die Vermittlungsmechanismen, die dafür sorgten, daß solche Traditionen in einer schnell wachsenden, zunehmend aus Arbeiter- und anderen Unterschichten rekrutierten Mittelschicht weiter wirken konnten, wären gesondert zu untersuchen. Der äußerst ausgebildeten Bildungsarbeit der Verbände kam zweifellos in dieser berufs- oder standesbezogenen Sozialisation der Angestellten eine große Bedeutung zu. Zum Problem des Weiterwirkens vorindustrieller Traditionen in bezug auf die angestellten Mittelschichten bis 1914: J. Kocka, Vorindustrielle Faktoren in der deutschen Industrialisierung, in: Das Kaiserliche Deutschland, hrsg. v. M. Stürmer, Düsseldorf 1970, S. 265–286; entsprechend für andere Sozialgruppen: H. A. Winkler, Mittelstand, a. a. O., sowie H. J. Puhle, Von der Agrarkrise zum Präfaschismus, Wiesbaden 1972.

sionen in spezifischer Weise verknüpfen. Der äußerst weit gefächerte, integrale Tätigkeitsbereich der großen Angestelltenverbände (von Tarifverhandlungen und politischen Einflußnahmen über ein standesbezogenes Bildungssystem mit periodischen Publikationen, Heimen, Schulen und Vorträgen bis zur verbandseigenen Jugend-Gruppe oder zum verbandseigenen Männerchor), der hinter der Vielfalt der Tätigkeitsbereiche der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung des Kaiserreichs nicht zurückstand, erklärt sich aus diesem quasi-ständischen Grundprinzip ebenso wie die Betonung der Bildung, der standesgemäßen Lebensführung und der kulturellen Aspekte in den Äußerungen der Angestelltenorganisationen²⁴. Nicht aus den Prinzipien der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und bürgerlichen Gesellschaft selbst, sondern aus diesem Fortwirken vorkapitalistischer, in gewisser Weise vorbürgerlicher Traditionen erklärt sich entsprechend die aufgeladene Multidimensionalität des Unterschiedes zwischen Arbeitern und Angestellten, zwischen Proletariern und Mittelstand, der in Deutschland sehr viel deutlicher als etwa in dem »neuen Land« USA eine über funktionale und ökonomische Unterschiede hinausreichende soziale, kulturelle und politische Bedeutung hatte.

Schließlich erklären sich das Ausmaß und die Färbung der Erbitterung, die Schärfe und die Stoßrichtung der Proteste, mit denen deutsche Angestellte auf die sozialökonomischen Veränderungen und wirtschaftlichen Krisenerscheinungen zwischen 1918 und 1933 reagierten, wenigstens zum Teil aus dem Fortwirken jener Traditionen, aufgrund deren deutsche Angestellte – in gewissem Unterschied zu amerikanischen – ein spezifisches, von der Lohnarbeiterschaft sich absetzendes Sonderbewußtsein mit daraus folgenden Privilegierungserwartungen entwickelten. Diese traditionell fundierten Erwartungen waren vornehmlich dafür verantwortlich, daß die ökonomisch-organisatorische Modernisierung der Angestellten-Arbeitswelt, die »Rationalisierung« (besonders seit 1924) und die damit verbundene Routinisierung, Spezialisierung und Kontrolle vieler Angestelltentätigkeiten, schließlich auch die tendenzielle Angleichung der Verdienst-, Arbeits- und Lebensbedingungen von Arbeitern und Angestellten von diesen als Degradierung und Abstieg, als Bodenverlust, Bedrohung und »Proletarisierung« erfahren, gefürchtet und bekämpft wurden. Die Not der Inflation, die Verzweiflung massenhafter Arbeitslosigkeit und die sonstigen Lasten der Wirtschaftskrise drückten die deutschen Angestellten ganz besonders hart und in spezifisch gefärbter Weise, weil sie über die unmittelbare Drangsal und Armut hinaus die standesgemäßen Erwartungen und damit das Selbstbewußtsein der Betroffenen beschädigten, ein Selbstbewußtsein, in dem marktwirtschaftlich-ökonomische Momente mit

24 Vgl. die Schilderung entsprechender Aspekte der Angestelltenorganisationen und -ideologien bei F. W. Fischer, a. a. O., S. 47–151; sowie C. Dreyfuß, Beruf und Ideologie der Angestellten, München/Leipzig 1933.

quasi-bürokratischen und berufsständischen Sicherheits- und Angemessenheitserwartungen auf durchaus unkapitalistische Weise verschmolzen²⁵.

Dem berufsständischen wie dem mittelständischen Grundmuster der Angestellten-Ideologien war schließlich eine doppelte Frontstellung eigen: einerseits die antiproletarische, antiegalitäre, antisozialistische Absetzung gegenüber den proletarischen Massen, die im Falle des GDA abgeschwächt, im Afa-Bund kaum vorhanden war und auch den DHV nicht an pragmatischer Zusammenarbeit mit den christlichen Arbeiterverbänden hinderte; andererseits die Frontstellung gegen »oben«, gegen die Mächtigen und Reichen, gegen Unternehmer und Kapital. Durch die Verschärfung und Radikalisierung dieser »zweiten Front«, die vor allem im Krieg vonstatten ging, in den zwanziger Jahren kaum zurückgedreht wurde und in der Depression ab 1929 sogar eine erneute Verschärfung durchlaufen zu haben scheint²⁶, unterschieden sich die großen Angestellten-gewerkschaften der Weimarer Zeit von vorwiegend berufsständischen oder quasi-bürokratischen Harmonieverbänden der Vorkriegszeit (abgesehen von den kleinen sozialistischen Gruppen einerseits und vom DHV andererseits, der schon im Kaiserreich deutliche Ansätze zu dieser mittelständischen Radikalisierung mit doppelter Frontstellung zeigte); die Forderungen der Angestelltenverbände waren in der Zwischenkriegszeit durch eine am Beamtenmodell orientierte, mittelständische Integrationspolitik im Sinne des Angestelltenversicherungsgesetzes von 1911 nur noch zum Teil zu befriedigen. Ständische Absetzung gegenüber den »Massen« und hierarchische Ansprüche einerseits, klassengesellschaftliche Konflikthaltung gegenüber den Reichen und Mächtigen mit stark antihierarchischen, anti-traditionalen und antikapitalistischen Beiklängen andererseits verschmolzen zu wechselnden und widersprüchlichen Mischungen; dies war die ideologische Basis für die Affinität zwischen großen Teilen des sich radikalierenden »neuen Mittelstandes« und den nationalsozialistischen Angeboten, in denen sich – wie häufig analysiert worden ist – ständisch-hierarchische und egalisierende, konservative und radikale, antisozialistische und antikapitalistische Impulse widersprüchlich-vage vermischten und die sich nach 1928 verstärkt an den »Mittelstand« richteten²⁷. Die

25 Diese hier stark verkürzte Argumentation basiert auf einem Vergleich der deutschen Entwicklung mit der Entwicklung der amerikanischen Angestellten, die mit ähnlichen objektiven Veränderungen und – nach 1929 – Krisenerscheinungen konfrontiert waren, aber ohne daß diese ständischen Traditionen und Erwartungen durchaus anders darauf reagierten. Vgl. J. Kocka, Amerikanische Angestellte in Wirtschaftskrise und New Deal 1930–1940, in: VfZ 21 (1972), S. 333–375, bes. S. 372 ff.; und ders., Die Organisationen amerikanischer Angestellter in Wirtschaftskrise und New Deal, in: Die große Krise in Amerika, hrsg. von H. A. Winkler, Göttingen 1973, S. 40–80; sowie ders., Studien zur Sozialgeschichte amerikanischer Angestellter 1890 bis 1940, histor. Habil., Münster 1972 (unveröff.).

26 Dazu die verschärfte anti-unternehmerische Polemik 1929/30 im GDA nach: Epochen der Angestelltenbewegung, a. a. O., S. 276 f.

27 Vgl. J. Noakes, a. a. O., S. 128 f., 247 ff.

zögernde Wendung des DHV von der wegen ihrer sozialreaktionären Politik für ihn nicht mehr akzeptablen DNVP zur insofern weniger verdächtigen NSDAP seit 1929 zeigt, wie bedeutsam die quasi-sozialistische, anti-traditionale, radikal-schillernde Rhetorik der NSDAP für den Erfolg dieser Partei bei den angestellten Arbeitnehmern war. Umgekehrt begrenzte gerade die vage Unklarheit der auf Unternehmerinteressen Rücksicht nehmenden Parteiführung in der Gewerkschaftsfrage die Anziehungskraft der NSDAP zumindest auf die Führung des DHV, die offenbar nach 1930 weniger Mißtrauen gegen die nationalsozialistische Bewegung selbst als gegen deren Kooperation mit den sozialreaktionären Kräften um Hugenberg hegte²⁸.

Verkürzt zusammengefaßt: die vielfältige und intensive Bedeutung des Arbeiter-Angestelltenunterschiedes, spezifische Ausprägungen der deutschen Angestelltenbewegung, die Intensität und Ausprägung der Degradierungserfahrung der Angestellten, die Schärfe und die doppelte Stoßrichtung ihrer Verbitterung und Proteste, schließlich ihre Prädisposition für eine Radikalisierung im Rahmen der nationalsozialistischen Protestbewegung und ihre Unterstützung für den Sieg des Faschismus in Deutschland resultierten mindestens ebensosehr aus spezifischen vorkapitalistischen und vorbürgerlichen Traditionen der deutschen Gesellschaft wie aus den immanenten Spannungen und Widersprüchen des kapitalistischen Wirtschafts- und bürgerlichen Gesellschaftssystems selbst.

Einschränkend ist hinzuzufügen, daß diese Aussagen für verschiedene Angestelltengruppen in verschiedenem Maße zutreffen, sehr viel mehr auf die – die Mehrheit der Angestelltenschaft ausmachenden – kaufmännischen und allgemeinen Büroangestellten als auf die Techniker. Die große Mehrheit der in Verbänden organisierten kaufmännischen und Büroangestellten waren den mittelständischen Organisationen GDA und Gedag angeschlossen; die Mehrheit der organisierten Techniker und Werkmeister gehörten dem Afa-Bund an²⁹. Dies hatte viele Gründe, vor allem aber

28 Vgl. I. Hamel, a. a. O., S. 252 ff. Geiger (Soziale Schichtung, a. a. O., S. 122) konstatierte 1932, daß die Unterstützung der Angestellten für die NSDAP seit 1930 nicht mehr gewachsen sei; er führte dies auf die latent anti-gewerkschaftliche Politik der NSDAP zurück, die wohl doch unterschätzt habe, »daß die Gewerkschaft ein elementares Lebensinteresse der Angestelltenschaft darstellt«. – Die radikale, quasi-sozialistische Rhetorik der NSDAP arbeitet zuletzt überstark heraus: Max H. Kele, Nazis and Workers. National Socialist Appeals to German Labor, 1919–1933, Chapel Hill 1972, mit wichtigen Hinweisen auf den Slogan »Arbeiter der Faust und Stirn« (S. 10, 50, 111 f., 124 f., 143 f., 154 f., 162, 167, 182, 186, 202 f.), dessen egalisierende Implikationen wohl doch eher der Arbeiterwerbung als dem Gewinn von Angestellten gedient haben dürften und bereits in den von den Angestellengewerkschaften wie von den Arbeiterverbänden mißtrauisch beobachteten NSBO, erst recht später in DAF und Betriebsgefolgenschaften partiell Wirklichkeit wurden. Vgl. auch D. Schoenbaum, Hitler's Social Revolution, Anchor Books 1967, S. 82, 87, 93 und bes. 108 ff. zu praktischen Aspekten der Nivellierung von Arbeiter-Angestellten unterschieden nach 1933.

29 Vgl. F. Croner, a. a. O., S. 107 ff.; Zahlen bei F. W. Fischer, a. a. O., S. 44 ff.

wohl den: ständische Traditionen, Verhaltensweisen und Erwartungen waren unter den Technikern nie so verwurzelt gewesen wie unter den Handlungsgehilfen und hatten, so scheint es, größtenteils den Ersten Weltkrieg nicht überstanden³⁰. Die Diktatur und den Zweiten Weltkrieg überstanden die ständischen Traditionen auch im Falle der kaufmännischen Angestellten nicht. Jenes in der Depression um 1930 aktivierte verhängnisvolle Rechtspotential unter den deutschen Angestellten scheint damit weitgehend geschwunden.

Die Frage nach den Ursachen des Trendwechsels in der Entwicklung der deutschen Angestellten beim Übergang vom Kaiserreich zur Republik ist damit nicht beantwortet, sondern nur relativiert. Es erscheint unwahrscheinlich, daß dieser – wie sich gezeigt hat – eben doch nur partielle Trendwechsel direkt aus der sich verändernden sozialökonomischen Situation der Angestellten zu erklären ist. Denn diese veränderte sich hinsichtlich der von den Angestellten als besonders empfindliche Einbußen und Herausforderungen begriffenen Aspekte im Grunde von 1918 bis 1923/24 in derselben Richtung wie 1914 bis 1918, erst dann traten neue Momente hinzu: hinsichtlich der Verarmung der angestellten Mittelschichten und hinsichtlich des Verlustes ihrer Ersparnisse setzte die Inflation bis 1923 fort, was der Krieg begonnen hatte; danach trat eine allmähliche Wende zum Besseren ein, doch erreichte der durchschnittliche Angestellte bis 1929 nicht mehr sein reales Gehalt von 1913, während der durchschnittliche Lohnarbeiter seinen realen Vorkriegsverdienst etwa 1928 wiederhergestellt zu haben scheint. Der Einbruch der Depression brachte trotz Preissenkungen neuen Kaufkraftverlust, der für die Angestellten gleichwohl weniger empfindlich zu Buche schlug als für die Arbeiter. Die Nivellierung des Unterschieds zwischen Gehältern und Löhnen setzte sich nach kurzer Unterbrechung 1919/20 bis 1923 schnell, danach langsam fort, bis die Depression eine erneute Vergrößerung des durchschnittlichen Lohn-Gehalts-Unterschiedes bewirkte, der in den dreißiger Jahren weitgehend stabilisiert wurde. Hinsichtlich der sozialen Leistungen in den Betrieben und seitens der Sozialgesetzgebung gewannen nach 1918 wie schon davor Arbeiter allmählich und z. T., was früher den Angestellten vorbehalten gewesen war, z. B. Urlaubsberechtigung und einen gewissen Kündigungsschutz. Zweifellos traten mit der Stabilisierung 1924 und vor allem mit der Depression seit Ende der zwanziger Jahre sehr ins Gewicht fallende neue Belastungen und Nöte für viele Angestellte auf: die »Ratio-

30 Vgl. Th. Geiger, Soziale Schichtung, a. a. O., S. 102 zum eher funktional-beruflich-spezialistisch ausgerichteten Selbstverständnis der technischen Angestellten. Dieses war insofern mit den professionellen und quasi-professionellen Orientierungen amerikanischer Angestellter vergleichbarer als mit den berufsständischen Ideologien der Kaufmannsgehilfen, die sich in der Regel nicht auf der Basis ihres speziellen Berufs (etwa als Mahnbuchhalter, Chemiekaufmann oder Warenhausverkäufer) verstanden, sondern als Mitglieder eines umfassenden kaufmännischen Berufsstandes.

nalisierung« der Bürobetriebe und -abteilungen, die damit verbundenen Veränderungen in der sich verstärkt industrialisierenden Angestellten-tätigkeit, das vorher nicht so häufig diskutierte Problem des Angestellten über 40; in der Depression dann verschärfte Arbeitslosigkeit (bei weitem nicht so stark wie im Fall der Lohnarbeiter), die Streichung der über-tariflichen Leistungen, erpresserisches Drücken unter das Tarifgehalt, Gehaltskürzungen bei Kurzarbeit, die dem Monatsgehaltssprinzip widerspra-chen und die Angestellten nach Meinung ihrer Sprecher an den »Stunden-löhner« heranrückten, etc.³¹ All dies ist zu Recht immer wieder – wenn auch noch nicht im einzelnen – zur Erklärung der Radikalisierung der Angestellten herangezogen worden; aber erklärt man dadurch, daß diese Radikalisierung unter mittelständischen, rechtsgerichteten Vorzeichen ge-schah statt mit der Konsequenz der Annäherung an Arbeiterschaft, Ge-werkschaften und Sozialdemokratie wie im Krieg?

Viel eher wird man die Erklärung in der Veränderung der soziopoliti-schen und ideologischen Gesamtsituation suchen müssen. In vieler Hinsicht war der Krieg eine Ausnahmesituation gewesen. SPD und Gewerkschaften hatten vor 1918 die Macht noch nicht übernommen, in den zwanziger Jahren wurden sie dagegen zu Recht oder zu Unrecht mit dem Sys-tem und seiner Misere identifiziert. Eine Revolution lag dazwischen, die trotz weitgehenden Scheiterns zur Abgrenzung bürgerlicher Gruppen ge-genüber den »Linken« neuen Anlaß gegeben hatte. Die Belastung und das nationale Trauma des verlorenen Krieges, die damit erneut gestellte und durch die Dolchstoßlegende vergiftete nationale Frage – all dies (und vieles andere) ist hier nicht zu behandeln. Vor allem aber existierte 1930, was im Ersten Weltkrieg nur in ganz schwachen, wirkungslosen Ansätzen (Deutsche Arbeiter- und Angestelltenpartei³²) aufgetreten war: eine zu-gleich antisozialistisch-antiproletarische und antikapitalistisch-antielitäre

31 Vgl. zur sozialökonomischen Entwicklung der Angestellten bis 1933: E. Sträter, Die soziale Stellung der Angestellten, rechts- und staatswiss. Diss., Bonn 1933 (im Litera-turverzeichnis die wichtigsten Enquêtes von Afa, GDA und DHV); vgl. auch L. Prel-ler, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949, S. 122 ff., 133 ff., 159–169. Die obigen Aussagen über die relative Entwicklung von Gehältern und Löhnen, bzw. Arbeitslosen stützen sich auf: G. Bry, a. a. O., S. 467; Statistik d. Dt. Reichs, Bd. 408, Berlin 1931, S. 110; Wirtschaft und Statistik 19 (1939), S. 296, 299; und F. Croner, a. a. O., S. 141 ff. Vgl. auch die Entwicklung der Angestelltentarifgehälter: ebenda, S. 137–139 und in: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Angestellten. Er-gebnisse und Erkenntnisse aus der großen sozialen Erhebung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin 1931, S. 101, mit den Angaben über Arbeiterlohntarife bei H. Müller, Nivellierung und Differenzierung der Arbeitseinkommen in Deutschland seit 1925, Berlin 1954, S. 43; vgl. auch F. W. Fischer, a. a. O., S. 36–41; und als spezi-fischen Angestelltenprotest gegen Not und zunehmende Lohnarbeiterähnlichkeit in der Depression: H. Potthoff, Wandlungen im Angestelltenrecht, in: Soziale Praxis 41 (1932), S. 600–654 (mit Rückgriff auf das Beamtenideal!).

32 Vgl. D. Stegmann, a. a. O., S. 392 ff. – Sehr fraglich muß es dagegen erscheinen, ob die Vaterlandspartei, der pseudo-sozialistische, radikal-mittelständische, dynamisch-anti-elitäre Momente noch weitgehend abgingen, in diese Tradition eindeutig eingeordnet werden kann.

radikale und mächtige Protestbewegung, deren Entstehungsursachen hier nur zum Teil behandelt worden sind. Damit eröffnete sich für die Angestellten ein radikal-mittelständischer »dritter Weg« zwischen der Unterstützung der herrschenden Gewalten und des herrschenden Systems einerseits und der Unterstützung der sozialdemokratischen Emanzipationsbewegung andererseits, ein »dritter Weg«, der sich vor 1918 noch nicht angeboten hatte. Sehr viel weniger eindeutig als im Weltkrieg stellte sich damit die Alternative zwischen Bewegungs- und Beharrungskräften, zwischen »links« und »rechts«. Von der scheinbaren Möglichkeit, diese Alternativ-Wahl zu umgehen, machten viele Angestellte aus den skizzierten Gründen nur allzu gern Gebrauch.